

36. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: „Klimaschutz duldet keinen Aufschub - das Pariser Weltklimaabkommen in Deutschland konsequent umsetzen!“

Auf dem 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag (24. – 28. Mai 2017) wurde in der Veranstaltung „Raus aus der Kohle? Rein in die Zukunft!“ der Podienreihe „Nachhaltige Entwicklungsziele“ die umseitige Resolution wie aufgeführt eingebracht und nach den Verfahrensregeln des Kirchentages abgestimmt.

Diese Regeln besagen u.a.:

- Der Resolutionstext enthält klare Forderungen und Adressaten. Auf nicht überprüfbare Fakten wird in der Argumentation verzichtet.
- Mehr als 500 Teilnehmende sind zur Abstimmung anwesend.
- Nach dem Verlesen der Resolution besteht die Möglichkeit zu einer Gegenrede.
- Die Abstimmung erfolgt öffentlich mit der Möglichkeit der Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung.

95% der zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesenden 510 Personen unterstützten das Resolutionsanliegen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag befürwortet, dass die **Klima-Allianz Deutschland** und die **Ökumenische Umweltgruppe Lichtenrade** mit diesem deutlichen Votum die Resolution überreichen.

Im Namen unserer Teilnehmenden bitten wir alle Adressaten sich mit den aufgeführten Forderungen auseinanderzusetzen und in einen konstruktiven Dialog mit den Absendern zu treten.

Rückfragen zum Resolutionsverfahren des Deutschen Evangelischen Kirchentages senden Sie bitte an jederzeit gern resolutionen@kirchentag.de.

Für den Kirchentag

Prof. Dr. Christina aus der Au
Präsidentin
36. Deutscher Evangelischer Kirchentag



36. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: „Klimaschutz duldet keinen Aufschub - das Pariser Weltklimaabkommen in Deutschland konsequent umsetzen!“

Adressaten: Energie- und klimapolitische Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen, Bundesregierung; Brigitte Zypries, BMWI; Barbara Hendricks, BMU; Wirtschaftsminister der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen; Rat der EKD, Kirchenleitungen der Ev. Landeskirchen in Deutschland; Gewerkschaften IG BCE und ver.di

Antragstellende: Klima-Allianz Deutschland, Ökumenische Umweltgruppe Lichtenrade

Ansprechpartner: Kathrin Schroeder (Misereor, Klima-Allianz Deutschland), Katja Breyer (Amt für MÖWe der Ev. Kirche von Westfalen, Klima-Allianz Deutschland), Dr.-Ing. Georg Wagener-Lohse (Ökum. Umweltgruppe Lichtenrade)

Veranstaltung: V.SDG-002 „Raus aus der Kohle? Rein in die Zukunft!“, Do. 25. Mai 2017, 15.00 – 17.30 Uhr, Messe Berlin, Halle 9

Resolution:

Die Folgen des Klimawandels wie Dürre, Überschwemmungen untergraben Entwicklung, verschärfen Armut und vertreiben Millionen Menschen aus ihrer Heimat. Sie sind eine der größten Fluchtursachen. Auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in Paris im Dezember 2015 setzte die internationale Staatengemeinschaft ein hoffnungsvolles Signal für eine weltweit nachhaltige Entwicklung. Mit großer Sorge sehen wir, dass sich Bundesregierung bislang nicht auf eine Energie- und Klimapolitik verständigen konnte, die schlüssig zeigt, wie die Ziele des Pariser Weltklimaabkommens in Deutschland zu erreichen sind. Als „Energiewendeland“ kann Deutschland nicht gleichzeitig „Kohleland“ bleiben.

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf,

- **ein Klimaschutzgesetz zu verabschieden**, in dem ein verbindlicher Reduktionspfad von mindestens 95 % weniger Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990 mit entsprechenden Zwischenzielen verankert ist und das für Wirtschaft und Gesellschaft Planungssicherheit schafft,
- **den "Klimaschutzplan 2050" im Lichte der Pariser Ziele weiter zu konkretisieren.** Im Verkehrssektor muss die Energiewende jetzt schnell und anspruchsvoll gestartet werden,
- **das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 umgehend zu überprüfen und nachzuschärfen**, um die seit langem von der Bundesregierung zugesagte Treibhausgasreduktion von 40 % gegenüber 1990 noch zu erreichen,
- **die Dekarbonisierung des Energiesektors konsequent voranzutreiben.** Der Kohleausstieg muss nach den Bundestagswahlen beschlossen und zügig umgesetzt werden. In den betroffenen Regionen muss umgehend ein sozialverträglicher Strukturwandel eingeleitet und unter Beteiligung aller Betroffenen gestaltet werden. Bis 2025 gilt es mindestens die Hälfte der Kohlekraftwerke abzuschalten. Die derzeit noch Kohle importierende Energieunternehmen müssen zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten verpflichtet werden,
- **sozialverträglich alle umwelt- und klimaschädlichen Subventionen abzuschaffen.** In der Europäischen Union muss der Emissionshandel so reformiert werden, dass die Kosten des Klimawandels von den Verursachern getragen werden.

Wir bitten die Evangelische Kirche in Deutschland und alle Landeskirchen, ihr Anlagekapital im Zuge einer nachhaltigen Anlagestrategie aus Branchen der fossilen Energieträgergewinnung und Energieerzeugung sukzessiv abzuziehen (Divestment).

Viele aktive Christen vertrauen darauf, dass der „Gott des Hinschauens“ uns Kraft und Mut gibt, umzukehren und den Kohleausstieg nachhaltig umzusetzen.

Viel zu lange haben wir geglaubt, wir Menschen hätten das Recht, diese Erde zu unserem



eigenen Vorteil auszubeuten. Viel zu langsam stellen wir uns einzeln und in der Gemeinschaft der Christen der vorrangigen Aufgabe, den „Garten Gottes“ zu bebauen und zu bewahren.

Wir bitten deshalb darum kirchenleitend verstärkt darauf hinzuwirken, dass Gemeinden Orte des Aufbruchs werden, die zeigen, wie Klimaschutz im Alltag Schritt für Schritt umgesetzt werden kann: mit dem Fahrrad, dem Bus oder der Bahn, mit grünem Strom und geringem Energieverbrauch, mit ethischen Geldanlagen und öko-fairen Lebensmitteln.